

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und
zwar Dienstag, Donner-
stag u. Sonnabend. In-
sertionspreis: die Klein-
zeile 10 Pf.

Abonnement
vierteljährl. 1 M. 20 Pf.
(incl. Bringerlohn) in der
Expedition, bei unsern Bo-
ten, sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

28. Jahrgang.

N^o. 117.

Dienstag, den 4. October

1881.

Öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses zu Schwarzenberg

Montag, den 10. October 1881, Nachmittags 3 Uhr

im Verhandlungs-Saale der unterzeichneten Amtshauptmannschaft.

Die Tagesordnung ist aus dem Anschlag in der Hausflur des amts-
hauptmannschaftlichen Dienstgebäudes zu ersehen.

Schwarzenberg, am 28. September 1881.

Königliche Amtshauptmannschaft.

Herr v. Birsing.

1. Or.

Bekanntmachung.

Herr Hieronymus Wilhelm Unger in Carlsfeld hat um Ertheilung der Genehmigung zu der auf den Parzellen No. 21 und 21a des Flurbuchs für Carlsfeld zu dem Betriebe einer Spunndreherei bereits errichteten

Stauanlage

nach Maßgabe der eingereichten und allhier zur Einsicht bereit liegenden Zeichnungen und Beschreibungen gebeten.

In Gemäßheit § 17 der Reichs-Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 wird dies mit der Aufforderung hierdurch bekannt gemacht, etwaige Einwendungen hiergegen, soweit sie nicht auf besonderen Privatrechts-Titeln beruhen, bei deren Verlust binnen 14 Tagen, vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an gerechnet, allhier anzubringen.

Schwarzenberg, am 30. September 1881.

Die Königliche Amtshauptmannschaft.

Herr v. Birsing.

1. Or.

Bekanntmachung.

Hierdurch wird zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß wegen der 7. und 8. dieses Monats stattfindenden Reinigung der Localitäten des unterzeichneten Amtsgerichts nur die **dringlichsten** Sachen erledigt werden können.

Eibenstock, den 1. October 1881.

Das Königliche Amtsgericht.

Beisitz.

3.

Der 30. September

Ist für das deutsche Volk ein Gedentag seiner größten Schmach und Erniedrigung; geschah an diesem Tage vor 200 Jahren doch nichts Geringeres, als die Losreißung Straßburgs vom Reich. Die Wiedergewinnung dieser Stadt am 27. September 1870 aber wird uns erst so recht verständlich, wenn wir zugleich des 30. September 1681 gedenken, an welchem Dank der Hinterlist Ludwig's XIV. und der Zwietracht und Ohnmacht der deutschen Stände diese Perle in der Krone des Vaterlandes Deutschland verloren ging. Wie bekannt, gab der Westphälische Frieden Frankreich für die geringen von ihm geleisteten Dienste gewisse Rechte, in die Angelegenheiten der beiden Reichsländer hineinzureden, und dies verstand Ludwig der XIV. so meisterhaft, daß seine Macht in Deutschland größer war als die des Kaisers. Die sogenannten Reunionskammern, für welche unerhörte Einrichtung uns das deutsche Wort fehlt, mußten dazu dienen, unter dem Schein des Rechts dem ländergerigen König eine Stadt nach der andern in die Hände zu spielen. Die schönste Behandlung aber erfuhr Straßburg, das schon 1673 sich von Ludwig dadurch eine Demüthigung bitterer Art gefallen lassen mußte, daß der König die von ihm abgebrannte, von den Straßburgern wieder aufgebauete Rheinbrücke niederreißen ließ, angesichts der Bewohner der Stadt. Der Friede von Nimwegen aber spielte Straßburg ganz in die Hände des übermächtigen Königs, denn das deutsche Reich in seiner damaligen Zerklüftung war nicht in der Lage, sich Straßburgs anzunehmen, auf das Ludwig längst sein lästernes Auge geworfen hatte, und die Integrität der Stadt war gefährdeter als je. So konnte es Bauban ungehindert wagen, die Stadt mit einem Festungsgürtel zu umgeben. Bald aber trat Ludwig XIV. selbst noch kühner auf, und ließ sich einfach drei zum Stadtgebiet gehörige Vogteien zusprechen, von dem Stadtrath verlangend, daß er ihm als rechtmäßigen Herrn huldige. Im Fall der Weigerung werde er die Stadt als Feind behandeln. Die Lage der Bürger war eine äußerst traurige, Hilfe vom Reich, das außerdem gegen die Türkei engagirt war, nicht zu erwarten und die Hoffnung auf Selbsthilfe gegenüber den übermächtigen französischen Waffen eine nur sehr geringe, zumal Ludwig die durch die Kriegsläufe schon schwer mitgenommene Stadt als deren Hauptgläubiger auch finanziell ganz in seine Gewalt gebracht hatte. Zum entscheidenden Schlage gegen die Freiheit der Stadt aber rüstete Ludwig erst 1681, mitten im Frieden. In diesem Jahre mußten auf sein Geheiß im Februar die Straßburger den Wiederaufbau der Rheinschanze einstellen und im März sogar ihren besten Schutz, ihre 1200 Schweizerfolbaten abschaffen, während Ludwig in Elsaß Truppen auf Truppen häufte. In der Nacht vom 27./28. ließ Louvois plötzlich und unerwartet die Festschanze am Rhein besetzen, und am 28. Morgens gewahrten die Straßburger zu ihrem Schreck, daß es

auf ihre Stadt, die nur 400 Mann Miliz als eigentliche Vertheidigung aufbieten konnte, abgesehen sei. Zwar rüstete sich alles zur verzweifeltsten Abwehr des Feindes, doch aller Widerstand hätte sich nur zu bald als vergeblich erwiesen. Und als den städtischen Abgeordneten im Franzosenlager die Wahl gelassen worden, die Stadt möge dem König huldigen oder gewärtigen, als Rebellin bestraft und geplündert zu werden, da war es mit dem Muth der Stadträthe vorbei, um so mehr als, der von Ludwig bestochene Christian Günther seinen Einfluß hinsichtlich der Uebergabe Straßburgs bei seinen Collegen geltend machte. In der Nacht vom 29./30. wurde daher die Capitulationsurkunde vom Senat entworfen und von den Junftmeistern gebilligt, worauf sie Louvois mit einigen Abänderungen unterschrieb. So mußten die Straßburger ihr Münster den Katholiken zurückgeben, und Egon v. Fürstenberg, der Bischof von Straßburg und Günstling des Königs (ob auch zu den wirklichen Berathern der Stadt gehörig, ist nicht erwiesen), nahm wieder von dem ehrwürdigen Gotteshaus feierlich Besitz. Am 30. September 1681 früh war die Uebergabe der Stadtschlüssel an die Franzosen erfolgt, und noch am selben Tage hielten 15,000 Mann derselben unter stummer Resignation der Bevölkerung ihren Einzug in die schwergeprüfte Stadt, deren Fall zwar in Deutschland allgemeine Entrüstung hervorrief, aber nichts desto weniger durch den Ryswicker Frieden von Seiten des Deutschen Reiches sanctionirt wurde. So blieb die gute deutsche Stadt 189 Jahre in den Händen der Franzosen, um erst am 27. September 1870 dem Vaterlande zurückgegeben zu werden, die neuerjüngte Stadt dem neuerjüngten Reich, welches — das hoffen wir zuversichtlich — eine ähnliche Erniedrigung wie die vom 30. September 1681 nie wieder erleben, sondern fest zusammenhalten wird alle Zeit.

(L. Ztg.)

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Eine internationale Commission von Fachmännern wird demnächst zusammentreten, um eine Umgestaltung der Auslieferungsverträge und eine internationale Organisation der Polizei vorzubereiten. Mit Bezug auf letzteres soll ein Centralbureau errichtet werden, welches Nachfragen erörtert, die Polizei auf dem Laufenden erhält, Signalements und Photographien gefährlicher Menschen verbreitet, den Domicilwechsel von Verdächtigen signalisirt u. s. w. Was die Umgestaltung der Auslieferungsverträge betrifft, so soll es in der Absicht liegen, in diesen Verträgen nicht allein den Grundsatz der Pflicht der Auslieferung von Königsmördern auszusprechen, sondern auch festzusetzen, daß Niemand ausgeliefert werden dürfe, wenn nicht vorher durch richterlichen Ausspruch festgestellt ist, daß wirklich ein Auslieferungsverbrechen vorliegt und daß genügende tatsächliche Beweise für die Schuld der Auszuliefernden vorhanden sind. — Die Regierung soll angeblich

die Vermehrung der Berufsconsultate des deutschen Reiches planen und bereits dem nächsten Reichstag eine entsprechende Creditforderung zugehen lassen. Unter Anderem soll in Montenegro, sowie in einigen Haupthandelsplätzen des Orients die commercielle Vertretung Deutschlands besser als bisher geordnet werden. Die Maßnahmen sind gewiß mit Genugthuung zu begrüßen.

— Die Bischofsfrage in Preußen hat inzwischen einen weiteren Fortschritt zu verzeichnen: Fulda hat wieder einen Bischof. Es bestätigt sich nämlich nach der „Köln. Zeitung“, daß der in Aussicht genommene General-Bicar Kopp vom Papste bereits ernannt worden ist. Von einer Wahl durch das Fuldaer Domcapitel konnte nicht die Rede sein, weil dies Capitel nur noch aus einem einzigen Mitgliede besteht. Der neue Bischof ist im hannoverschen Eichsfelde geboren und bekleidet seine Hildesheimer Stelle seit zehn Jahren. Er wird als ein toleranter Priester geschilbert, der während des Culturkampfes nie in die Oeffentlichkeit getreten ist und das Vertrauen der Regierung besitzt. Paderborn und Osnabrück dürften nun auch nicht mehr lange auf ihre Oberhirten zu warten haben.

— Es mehren sich die Anzeichen einer Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse. So lauten auch die bisherigen Berichte von der Leipziger Messe viel günstiger wie die letztjährigen. In der Berg- und Hüttenindustrie hält die eingetretene Besserung an. Leider befinden wir uns auf der anderen Seite aber wieder inmitten einer neuen Gründerperiode. Die „Magdeb. Ztg.“ schreibt darüber: Fast jede Woche bringt neue Gründungsprojekte aufs Tapet und führt dem Markte neue Papiere zu. Wenn die jetzt angebahnte Besserung der Montanconjunktur sich als dauerhaft erweisen sollte, so werden wir wohl schon in Bälde einer schnellen weiteren Zunahme der Gründungen kaum entgehen. Leider kann man nicht sagen, daß durch die Papiere der in den letzten Jahren von hier aus neu begründeten bezw. in Altiengeellschaften umgewandelten industriellen Etablissements dem Markte viel werthvolles Material zugeführt wurde. Die soliden Gründungen bilden seltene Ausnahmen, die große Menge der neuen Papiere ist einfach Schund. Sehr zu bedauern bleibt, daß die Kapitalistenkreise für den Erwerb von fragwürdigen d. h. zweifelhaften neuen Börsenpapieren schon wieder leicht zugänglich sind. Wie die Votten an das Licht flattern, so lassen sie sich selbst durch die plumpsten Reklamen blenden. Man sollte das nach den Erfahrungen seit der Börsenkrise von 1873 kaum für möglich halten.

— Oesterreich. Die Merikalen haben im Tiroler Landtag einen wohlfeilen Triumph errungen. Die ultramontane Majorität nahm en bloc die Anträge des Schulausschusses an, welche die Regierung auffordern, die konfessionelle Schule in Tirol herzustellen, der Geistlichkeit die Censur über die Schulbücher und über die Lehrer zu überlassen, und die achtjährige Schulpflicht zu beseitigen. Die Meri-